

Der Geist von Bandung — geht ein Mythos um ?

Am 24./25. April trafen sich in Bandung, Indonesien, die Vertreter von über 80 Staaten, um den 30. Jahrestag der Afro-Asiatischen Solidaritätskonferenz von Bandung zu feiern. Suharto hatte gerufen, gekommen waren viele, aber nicht alle. Insbesondere die Abwesenheit des derzeitigen Vorsitzenden der Blockfreienbewegung, Rajiv Gandhi, schmerzte die Indonesier. Dieser hatte, genauso wie der vietnamesische Präsident Pham Van Dong, die Teilnahme abgesagt, weil Prinz Sihanouk eingeladen worden war. Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde der Besuch des chinesischen Außenministers verfolgt.

Die Jubiläumskonferenz verabschiedete ein Schlußkommunique, in welchem alle Formen des Kolonialismus verurteilt wurden, zur Nichteinmischung und friedlichen Koexistenz aufgerufen und insbesondere die Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsforschung unterstrichen wurde. Nur eine Erinnerung an vergangene Zeiten?

Jubiläen haben so ihre Eigenarten. Sie dienen nicht nur der Erinnerung an die Vergangenheit, sondern auch zur Rechtfertigung der aktuellen Politik. Diese wird dabei, nicht selten zu Unrecht, in einen historischen Rahmen gestellt, der größere Legitimität verspricht. Aber auch eine Reihe von Beobachtern gehen nicht immer sehr genau mit der historischen Wahrheit um. Es wird nicht mehr aus der Geschichte gelernt, sondern diese wird, aktuellen Zwecken dienend, zuweilen verbogen.

Diesem Schicksal konnte auch der 30. Jahrestag der Afro-Asiatischen Solidaritätskonferenz von Bandung, die vom 19. - 25.4.1955 durchgeführt wurde, nicht entgehen. Ziel der Erinnerung an dieses geschichtsträchtige Ereignis war, Indonesien als einen Ziehvater der Blockfreiheit darzustellen und eine zentrale Rolle für die Entwicklung der Blockfreiheit bezumessen.

War aber die Bandung-Konferenz einen solchen Aufwand wert? Und welche Rolle spielte Indonesien bei der Entwicklung der 1961 gegründeten Bewegung Blockfreier Staaten?

DIE BANDUNG-KONFERENZ: MEILENSTEIN FÜR SELBSTBEWUSSTE DRITTE WELT

Wer über die Konferenz von Bandung spricht, der muß den Kalten Krieg und den Kampf gegen den Kolonialismus im Blick haben. Die nach dem 2. Weltkrieg unabhängig gewordenen Länder waren nicht nur mit dem Widerstand "ihrer" Kolonialmacht konfrontiert. Sie sahen sich besonders den verschiedensten Versuchen der USA und der UdSSR gegenüber, die ihre politische, militärische und wirtschaftliche Macht dazu nutzen wollten, die jungen Nationalstaaten in ihre Blocksysteme einzubeziehen. In der Weltsicht der Großmächte gab es keine eigenständigen Entwicklungen. Die ehemaligen Kolonialvölker wurden als pro-amerikanisch oder pro-sowjetisch eingeordnet.



1955: Tschou En-Lai im Gespräch mit Nasser

Anlässlich der Genfer Indochinaverhandlungen 1954 trafen sich dann die sog. "Colombo-Staaten" (Indonesien, Indien, Pakistan, Ceylon, Burma), um über eigene Vorschläge zur Lösung dieses Konflikts zu beraten. Hier machte der indonesische Ministerpräsident den Vorschlag zur Durchführung einer Afro-Asiatischen Solidaritätskonferenz. Nach einigem Widerstand Indiens, kam man Ende 1954 zur Übereinkunft über ein solches Treffen. In Bogor, Indonesien, wurden im Dezember Tagesordnung und einzuladende Länder festgelegt. Bis auf Nord- und Süd-Vietnam wurden alle afrikanischen und asiatischen Staaten eingeladen - ungeachtet ihrer außenpolitischen Orientierung. An Ost oder West gebundene Staaten waren ebenso vertreten, wie die Länder, die eine

Politik der Blockfreiheit verfolgten. Nicht eingeladen wurden aber - zum Leidwesen Moskaus - die asiatischen Sowjetrepubliken, da diese als Teil einer europäischen staatlichen Einheit angesehen wurden.

Aber die meisten dieser Länder hatten daran kein Interesse. Sie wollten ihre eigenen nationalen Interessen auf der internationalen Bühne vertreten und versuchten ihre Machtlosigkeit durch eine Kooperation untereinander zu kompensieren. Diese Zusammenarbeit begann schon 1947, setzte sich 1949 in der Unterstützung der indonesischen Republik gegen eine erneute Militäraktion der Holländer fort und führte zu einer Zusammenarbeit dieser Staaten im Rahmen der Vereinten Nationen.

EINHEIT UND STREITIGKEITEN

Auseinandersetzungen waren bei dieser Zusammensetzung vorprogrammiert. Zum einen stand die Mitgliedschaft einiger Teilnehmer der Konferenz in pro-amerikanischen Militärbündnissen (die SEATO war 1954 gegründet worden) zur Debatte. Der Beitritt Thailands, Pakistans und der Philippinen zu diesem Zusammenschluß wurde nicht nur von China und Vietnam, sondern auch von den Blockfreien heftig kritisiert, die die Politik von gegeneinander verbündeten Gruppierungen als friedensgefährdend betrachteten (Nehru).

Es war aber ein anderer Punkt, der die Konferenz an den Rand des Scheiterns brachte. In der Diskussion über den Kampf gegen den Kolonialismus wurde von einigen Ländern gefordert, auch die sowjetische Politik als Form des Kolonialismus zu verurteilen. Damals ein Ansinnen, das von der Mehrheit der Konferenzteilnehmer nicht geteilt wurde. Diplomatisch einigte man sich im Abschlußkommunique darauf, den Kolonialismus in "allen seinen Formen" abzulehnen.

Differenzen gab es also genug. Nicht Konfliktlosigkeit konnte ausmachen, was später als Geist von Bandung immer wieder gelobt wurde. Und in der Tat war es etwas anderes: Trotz der großen Differenzen war das Handeln aller Teilnehmer der Konferenz dadurch gekennzeichnet, angesichts ihrer gemeinsamen Interessen, trotz unterschiedlicher Positionen zu gemeinsamen Erklärungen zu kommen. Die Gemeinsamkeiten wurden in den Vordergrund gestellt und das Trennende überbrückt. Die Suche nach Konsens und friedlicher Lösung der vorhandenen Konflikte machte den Erfolg der Bandung-Konferenz aus.

BANDUNG CONTRA BLOCKFREIHEIT

Obwohl in Bandung zum ersten Mal die Forderung nach "Verzicht auf Vereinbarungen über kollektive Ver-

teidigung, die den besonderen Interessen irgendeiner der großen Mächte dienen" verkündet wurde, ist es falsch, Bandung als erste Konferenz der Blockfreien zu bezeichnen. In den folgenden Jahren sollten sich Blockfreiheit und auf territorialer, afro-asiatischer Grundlage formulierte Solidarität zu Konkurrenzprojekten entwickeln.

Erste Versuche, eine zweite Bandung-Konferenz einzuberufen, scheiterten schon 1956 vor allem an Indien. Mit den ab 1959 zunehmenden indisch-chinesischen Spannungen, die in den Krieg von 1962 mündeten, wurde die afro-asiatische Solidarität immer brüchiger. Parallel dazu hatte sich aber seit Mitte der 50er Jahre die auf den politischen Prinzipien der Blockfreiheit basierende Zusammenarbeit einer Zahl von Ländern aus Asien und Afrika sowie Jugoslawiens verstärkt. 1961 kam es zur Gründung der Bewegung Blockfreier Staaten in Belgrad. Schon hier wurde deutlich, daß sich zwei politische Linien in der Dritten Welt herauszubilden begannen. Den Thesen über die hervorstechende Bedeutung der friedlichen Koexistenz und des Kampfes für den Weltfrieden, vor allem von Nehru vorgetragen, stand eine radikalere Linie gegenüber, nach der alle Kraft auf den Kampf gegen den Kolonialismus zu werfen sei (Sukarno, Nkrumah).

Aber noch war es durchaus möglich, Blockfreiheit und Afro-Asiatismus als zwar unterschiedliche, sich aber durchaus ergänzende Konzepte zu betrachten. Dies sollte sich mit dem offenen Ausbruch der sowjetisch-chinesischen Polemik ändern. Das Fatale für die Dritte-Welt-Solidarität bestand darin, daß sich Moskau und Peking mit jeweils einer dieser Linien identifizierten und sie zum Gegenstand der Auseinandersetzung machten. Nach der Ablehnung der Belgrader Konferenz näherte sich die UdSSR so den Blockfreien an und unterstützte die von dort propagierten Thesen der friedlichen Koexistenz. Demgegenüber versuchte China, gestützt vor allem auf Indonesien, die afro-asiatische Soli-

darität auf radikalerer Grundlage wiederzubeleben und gegen den sowjetischen Einfluß in der Dritten Welt zu nutzen. Von besonderer Bedeutung war hierbei, daß sich Sukarno seit Ende 1961 immer stärker an die chinesischen Positionen annäherte. Indonesien propagierte dabei das Konzept der "New Emerging Forces" (Neue aufstrebende Kräfte). Diese New Emerging Forces sollten nicht nur die Führung der revolutionären Völker darstellen, sondern wurden auch mit dem 1965 vollzogenen Austritt aus den Vereinten Nationen als revolutionäre Gegen-UNO propagiert.

In diesem Konzept fand Blockfreiheit keinen Platz mehr. Auch wenn Indonesien 1964 an der 2. Gipfelkonferenz der Blockfreien in Kairo teilnahm: Sukarno betrieb seit 1963 den Versuch, als Alternative zur 2. Blockfreienkonferenz eine zweite Bandung-Konferenz einzuberufen.

DAS SCHEITERN VON BANDUNG II

Mit diesem Ansinnen scheiterte Suarno, der von China und Pakistan unterstützt wurde, aber. Es wurde deshalb der Beschluß gefaßt, im Juni 1965 eine Jubiläumssitzung in Algier durchzuführen. Aber auch dieser Vorschlag scheiterte. Zentraler Auseinandersetzungspunkt: die Teilnahme der UdSSR. Während China und Indonesien analog zur ersten Konferenz die UdSSR ausschließen wollten, forderte Indien, das Bandung II vollständig ablehnte, die Teilnahme der UdSSR. Über diese Frage konnte man sich bis zuletzt nicht einigen. Der Sturz Ben Bellas und eine kleine Bombe im geplanten Konferenzgebäude führten dann zur Verschiebung auf November 1965. Mit dem Sturz Sukarnos schwand aber auch das chinesische Interesse an der Konferenz, die nicht mehr durchgeführt wurde.

DRITTE-WELT-SOLIDARITÄT BLEIBT NOTWENDIG

Erst dreißig Jahre nach der Bandung-Konferenz schaffte es die indonesische Regierung, zu einer un-

Aus dem Schlußkommunique' 1955:

1. Achtung vor den fundamentalen Menschenrechten und vor den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen;
2. Achtung vor der Souveränität und der territorialen Integrität aller Nationen;
3. Anerkennung der Gleichheit aller Rassen und der Gleichheit aller Nationen, ob groß oder klein;
4. Verzicht auf Intervention oder Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes;
5. Achtung vor dem Recht jeder Nation, sich allein oder kollektiv in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen zu verteidigen;
- 6a. Verzicht auf Vereinbarungen über kollektive Verteidigung, die den besonderen Interessen irgendeiner der großen Mächte dienen;

- 6b. Verzicht jedes Landes darauf, auf andere Länder einen Druck auszuüben;
7. Enthaltung von Aggressionshandlungen oder -drohungen und von Gewaltanwendungen gegen die territoriale Integrität und die politische Unabhängigkeit irgendeines Landes;
8. Regelung aller internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel, wie Verhandlung, Versöhnung, Schiedspruch oder gerichtliche Regelung, sowie durch andere friedliche Mittel nach eigener Wahl der Parteien in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen;
9. Förderung der gegenseitigen Interessen und der Zusammenarbeit;
10. Achtung vor dem Recht und vor internationalen Verpflichtungen.

ASEAN, ANZUS und die Militarisierung des Pazifik

verbindlichen Erinnerungsversammlung nach Bandung einzuladen. Ohne Zweifel ein Schritt, der vor allem den indonesischen außenpolitischen Notwendigkeit entsprach. Hat Bandung also heute keine Bedeutung mehr?

In den letzten Jahren haben nicht nur die internationalen Konflikte zugenommen, sondern auch die wirtschaftliche und damit die politische Situation der Entwicklungsländer hat sich rapide verschlechtert. Die Forderungen von Bandung nach vollständiger Unabhängigkeit sind immer noch nicht verwirklicht. Eine Zusammenarbeit der Dritten Welt, die der Verwirklichung der gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Interessen dient, ist deshalb ohne Zweifel ein Gebot der Stunde. Und dort, wo versucht wird, über politische Differenzen hinweg, gemeinsame Vorstellungen durchzusetzen, sind Fortschritte durchaus möglich. Dieser "Geist von Bandung" hat auch heute noch seine Berechtigung.

Klaus Fritsche

LITERATUR

- Asia-Africa spekas from Bandung. Djakarta 1955
- H. Sasse: Die asiatisch-afrikanischen Staaten auf der Konferenz von Bandung. Frankfurt/Berlin 1958
- D. Schröder: Die Konferenzen der "Dritten Welt" - Solidarität und Kommunikation zwischen nachkolonialen Staaten. Hamburg 1968
- Leo Mates: Es begann in Belgrad. 20 Jahre Blockfreiheit. Percha 1982

Ein Gespenst geht um in Südostasien und im Pazifik. Immer wieder taucht es in den Schlagzeilen auf, ruft Pressekonferenzen und Verhandlungen hervor, ja es soll sogar die "Sicherheitsinteressen" der USA empfindlich bedrohen: das Gespenst einer ganzen Kette von atomwaffenfreien Zonen zwischen Sumatra und Samoa.

Zahlreiche pazifische Inselstaaten - ob selbständig, oder noch abhängig, wie Mikronesien - kämpfen seit Jahren um einen nuklearfreien Pazifik.

Nicht nur Atomwaffen, sondern vor allem auch Atomtests und Abfälle aus der Nutzung von Atomenergie, wollen sie aus der Region verbannt sehen.

Leidvolle, historische Erfahrungen verbinden sich hier mit akuten Bedrohungen.

Im Umfeld des Bikini-Atolls in Mikronesien etwa wurden von den USA zwischen 1946 und 1958 66 Atomwaffentests - zum größten Teil überirdisch - durchgeführt.

Die kalkulierte radioaktive Verseuchung ganzer Inselbevölkerungen war eine schreckliche Begleiterscheinung - wissenschaftlich von amerikanischen Forschern beobachtet und ausgewertet.

Einzelne Inselstaaten, wie Vanuatu und Fiji, hatten seit 1981 atomge-

triebenen oder atomar bewaffneten US-Schiffen das Anlaufen ihrer Häfen untersagt.

Ihr Land wenigstens soll atomwaffenfrei bleiben. Die USA reagierten mit wirtschaftlichen Sanktionen, die Fiji 1983 zwangen, diese Maßnahmen zurückzunehmen.

Ihrem US-Mandatsgebiet Belau verweigern die USA praktisch die Entlassung in die Unabhängigkeit, da sich die Bevölkerung bereits zum 5. Mal in einem Referendum für die Verfassung einer nuklearfreien Republik ausgesprochen hat. Jedes Mal akzeptierte die US-Regierung unter Vorwänden die Abstimmung nicht.

Am 14. Juli 1984 bekamen diese Konflikte eine neue Dimension. An diesem Tag errang die Labour Party in Neu Seeland mit David Lange einen Wahlsieg, der unter dem Zeichen einer "Anti-Atomwaffen-Politik" errungen wurde - gleichsam als politischer Höhepunkt einer schon lang andauernden Anti-Atom-Bewegung unter der Bevölkerung.

Nun verweigerte auch Neu Seeland atombewaffneten Schiffen das Anlaufen seiner Häfen.

Damit war die "Sicherheitsdoktrin" des ANZUS-Paktes in Frage gestellt. Dieser militärische Dreieckspakt aus Australien, Neu Seeland und den USA, stellt seit 1951 den Eckstein amerikanischer Militärstrategie im Südpazifik dar. Die US-Regierung befürchtet wohl zu Recht die weltweite Ausstrahlung dieser Entwicklungen.

Auch in Australien regiert Labour und der linke Parteiflügel fordert schon massiv dem Beispiel des Nachbarlandes zu folgen. In Japan gibt es seit langem Auseinandersetzungen um die Besuche nuklearer US Marineneinheiten. Selbst in ferner Belgien spielte die neuseeländische Maßnahme plötzlich eine Rolle in der Diskussion über die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen.

Im von Frankreich verwalteten Polynesien wurden schon über 100 Atom- und Neutronenbomben getestet - die letzte erst im Mai 1985.

Auch neue Trägerwaffen, wie die MX-Raketen der USA, werden zu Testzwecken in den Pazifik geschossen. Die 7. US-Flotte, die hier operiert, ist mit einer großen Zahl von Nuklearwaffen ausgerüstet - potentielle Zielscheiben in einem weltweiten Atomkrieg.

An den Schiffen dieser Flotte hat sich in den letzten Jahren und Monaten eine Auseinandersetzung entzündet, die diese Probleme zusehends stärker in das Interesse der Weltöffentlichkeit gerückt hat.

VISITING RIGHTS U.S. & Soviet Naval Bases and Ports of Call

